

Protokoll der Delegiertenversammlung der BAG Hartz IV DIE LINKE 19. / 20.03.2016, Karl-Liebknecht-Haus, Berlin (2. Tag)

Beginn: 9:45

Anwesend: ca. 40 Personen

Um 9:45 eröffnet der Genosse Robert Schwedt die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Wahl der Tagungsleitung:

Vorschlag: Robert Schwedt (NRW) und Wolfgang Lörcher ()
Einstimmig angenommen.

Wahl einer Protokollantin, eines Protokollanten:

Vorschlag: Norbert Hayduk (NRW)
Einstimmig angenommen.

Wahl der Mandatsprüfungskommission:

Vorschlag: Agi Schwedt (NRW), Dagmar Maxen (NRW), Manuella Karli (NRW), Horst
Schneider (Hamburg)
Bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Wahl der Wahlkommission:

Vorschlag: Anna Andrea Herr (Berlin), Agi Schwedt (NRW), Gerhardt Holkmanns ()
Einstimmig angenommen.

Tagesordnung:

Nach einer kurzen Diskussion wurde folgende Tagesordnung beschlossen.

Sonntag 20. März 2016

TOP 1 Eröffnung, Begrüßung, Formalia

Wahl der Tagungsleitung
Wahl einer Protokollantin, eines Protokollanten
Wahl der Mandatsprüfungskommission
Wahl der Wahlkommission

TOP 2 Fortsetzung Antragsbehandlung

TOP 3 Inhaltliche Ausrichtung der BAG

Danach: Mittagspause

TOP 4 Finanzbericht

TOP 5 Wahl der Bundesparteitagsdelegierten der BAG Hartz IV für 2016 / 2017

TOP 6 Termine, Sonstiges

TOP 2 Fortsetzung Antragsbehandlung

a) Antrag der LAG Weg mit Hartz IV, NRW

Antragsheft S. 4 „Gegen eine mögliche Koalition“

Robert Schwedt bringt den Antrag ein. Es folgt Gegenrede und Fürrede.

GO-Antrag aus NRW:

Durchführung einer Debatte zum Antrag „Gegen eine mögliche Koalition“ mehrheitlich so beschlossen.

Nach Darlegung der unterschiedlichen Standpunkte wird der Antrag „Gegen eine mögliche Koalition“ bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen angenommen.

b) Antrag der Genossin Manuela Karli (NRW)

„Position zur Nichtzahlung von Rentenversicherungsbeiträgen im ALG II“

Manuela Karli bringt den Antrag ein. Mit dem Antrag wird der Bspr. beauftragt eine Position zu der Nichtzahlung von Rentenversicherungsbeiträgen im ALG II zu erarbeiten. Nach erfolgter Gegen- und Fürrede wird der Antrag einstimmig angenommen.

c) Initiativantrag des Genossen Thorsten Schulte (NRW)

Antragsheft S. 7 „Die BAG Hartz IV wählt eine eigene Schlichtungskommission“

Der Antrag wird von Manuela Karli eingebracht. Die Tagungsleitung teilt mit, dass der Antragsatzungsändernden Charakter hat und deshalb heute nicht behandelt werden kann. Robert Schwedt (NRW) schlägt deshalb vor, ein Meinungsbild zu erstellen und die Behandlung des Antrags auf der nächsten Sitzung der BDK. Vorzunehmen. Damit erklären sich der Antragsteller einverstanden. Das Meinungsbild ergibt Zustimmung bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung.

d) Dringlichkeitsantrag des Genossen Reinhold Last (Bremen)

Der verbliebene Bspr. soll die Herausgabe sämtlicher relevanten Unterlagen mit einer Fristsetzung von 14 Tagen bei den abgewählten Mitgliedern des Bspr. in die Wege leiten. Die Genossin Manuela Karli schlägt eine Erweiterung des Antrags um den Halbsatz: sowie sämtliche Administratoren und Zugangsrechte der Websites der BAG; vor. Der Antragsteller Reinhold Last (Bremen) erklärt sich mit der Übernahme der Änderung einverstanden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

TOP 3 Inhaltliche Ausrichtung der BAG

In ihrem Beitrag fordert die Genossin Manuela Karli die BAG auf ein Aktionsprogramm zu entwickeln mit dem die BAG sowohl in der Partei als auch in einer breiten Öffentlichkeit als Interessenvertretung sozial benachteiligter Menschen wahrgenommen wird. Robert Schwedt geht auf die jahrelange mangelhafte Zusammenarbeit im Bspr ein und er weist darauf hin, dass für eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Bspr und in der BAG die Beseitigung der zwischenmenschlichen Defizite die zwingend erforderliche Grundlage bildet. Insgesamt wünscht sich der Genosse Schwedt mehr Menschlichkeit und größere Rücksichtnahme im Umgang miteinander. Der suboptimale Zustand der Web-Site der BAG wird von Jürgen Weber angesprochen. So stammt der letzte veröffentlichte Newsletter vom Mai 2014. Gerade ein regelmäßig erscheinender Newsletter spiele eine wichtige Rolle um den Aktivierungsgrad in der BAG zu erhöhen. Die Genossin Michaela Reinhardt fordert die Überwindung der Selbstbeschäftigung im Bspr. Die BAG muss sich entschieden intensiver wie bisher bemerkbar machen. Auch eine weitreichende Vernetzung mit den LAG en und den Sozialberatungseinrichtungen der Partei sollte zu einer stärkeren Einbindung von Erwerbslosen führen. Rainer Lindner erläutert, dass er die BAG nicht nur als Sprachrohr versteht,

sondern das hier auch ein Schritt weitergedacht werden soll um Positionen zu bilden. Der Bspr nimmt jeden Arbeitsauftrag an, muss diese jedoch auch teilweise an die Basis zurückgeben. Die Möglichkeiten der BAG eine verbesserte Aussenwirkung zu erzielen hält Rainer für relativ schwierig, dennoch gäbe es sicherlich im Arbeitsfeld mit den LAG en weiterhin großen Handlungsbedarf. Abschließend betont der Genossen Lindner, dass alle in der BAG gebraucht werden und das die Mitglieder des Bspr zur Kooperation bereit sind. Elke Reinke merkt an: aus ihrer Erfahrung im Bspr ist das größte Problem die Wirkung unserer Arbeit in den Parteivorstand zu transportieren. Matthias weißt darauf hin, dass 67 % der schwerbehinderten Menschen unterrepräsentiert sind. Es lohne sich mit denen über Inklusionsbeiräte und ähnliche Institutionen in Kontakt zu kommen. Auch hier sind viele von der Agenda 2010 Politik direkt betroffen und auch hier gibt es erhebliches Widerstandspotential zu aktivieren. Zudem kann man im Wahlkampf die Menschen direkt vor Ort erreichen und ihnen nachweisen, dass wir uns um ihre Anliegen kümmern. Der Genosse Christian Novak reflektiert nochmals über die bisherige Arbeit im Bspr. Er führt aus, das doch jeder eigene Erfahrungen mit Ausgrenzung hat. In so fern sind wir alle Randgruppe, auf uns wirkt das Hartz IV System. Jeder von uns erlebt den gesellschaftlichen Konflikt den wir nicht zu verantworten haben. Deshalb müssen wir und gegenseitig stärken, interne Ausgrenzungen sind kein Ersatz für Erfolge und bringen keine Lösungen. Die Genossin Doris Dörnhöfer führt aus, dass 28% der Hartz IV Menschen mit Behinderungen sind. Hier wäre ein aktives Zugehen auf Behindertenverbände nötig. Eines der übergangenen Themen sind die Zustände in den sogenannten Behindertenwerkstätten. Dazu könnte es auch hilfreich sein eine Schulung durch die Bundespartei abzufragen. Im Focus der nächsten BDK kann, laut Stefen Klötzer, nur die Nachwahlen und inhaltlich politische Positionierung stehen. Seine persönlichen Präferenzen liegen darin das sich die BAG bei ihren Mitgliedern wieder deutlich zu Wort meldet und das durch die BAG das Thema Hartz IV in den Landesverbänden und bei Landesparteitagen verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dies würde helfen für die LINKE das Prädikat „Kümmererpartei“ zurück zu gewinnen. Eine Genossin weist nochmals auf die Situation der behinderten Menschen hin. Diese werden amtlicherseits ebenfalls größtenteils ignoriert und diskriminiert. Daher gibt es keinen Unterschied zwischen Hartz IV und Behinderten. Dagi Schwedt möchte auch eine Vernetzung zwischen der BAG und der Initiative „Die Linke hilft“ verwirklicht sehen. Leider dauert es sehr lange bis Beratungsstellen der Partei in die Landkarte eingetragen sind. So brauchte man 18 Monate um das Beratungsangebot ihres Kreisverbands dort zu vermerken. Das ist so nicht hinnehmbar, da uns die praktische Beratungs- und Begleitungsarbeit als Partei insgesamt stärkt.

Die Diskussion endete ohne Beschlussfassung.

Mittagspause

TOP 4 vorläufiger Finanzbericht

Rainer Lindner berichtet, dass nur ein vorläufiger Finanzbericht vorgestellt werden kann, da er in Folge der Geschehnisse im Bspr seiner Tätigkeit als Schatzmeister nur unzureichend nachkommen konnte. Daher beabsichtigt er, sofern er seine Arbeit nun störungsfrei fortsetzen kann, in den kommenden Wochen einen qualifizierten Finanzbericht vorzulegen.

Der Großteil der Ausgaben besteht aus Begleichung von Hotelrechnungen und Erstattung von Fahrkosten für die Versammlungen der BAG.

Das Finanzjahr 2013 ist abgeschlossen und endet mit einem Defizit. Dieses lasse sich jedoch im Moment noch nicht genau beziffern. In 2014 wurde das Budget deutlich überschritten. Der Bericht für 2014 ist noch nicht abgeschlossen, da noch 8 Monate unbearbeitet sind in Folge von fehlenden Unterlagen. Für das Finanzjahr 2015 kann festgehalten werden, dass im ersten Halbjahr kaum Mittel verbraucht wurden. Die MV in Hannover muss vorläufig mit 7256 € veranschlagt werden. Auch hier fehlen noch einige Buchungen so das hierzu noch kein vollständiger Abschluss vorliegt.

Nach Berücksichtigung aller bisher vorliegenden Kosten ergibt sich für 2015 ein Defizit von 1260 € Das Druckkostenbudget von 4500 € wurde in 2015 lediglich mit 320 € belastet. Auch dies ist auf die Situation im Bspr zurückzuführen.

Für 2016 werden voraussichtlich Mittel in Höhe von 11.000 € zur Verfügung stehen. Neben den laufenden Kosten für Web-Site u.ä. soll ein Teil der Finanzmittel zur Unterstützung der Lag`s eingesetzt werden. Zudem sollen zukünftige Bdk`s nicht mehr im kostenintensiven Berlin, sondern an zentraler erreichbarer Stelle im Bundesgebiet stattfinden.

Es folgte einige Nachfragen, die Rainer Lindner zur Zufriedenheit der Delegierten beantworten konnte.

Bericht der Mandatsprüfungskommission:

Die Mandatsprüfungskommission stellt fest, dass 22 Delegierte und 12 Gäste anwesend sind.

TOP 5 Wahl der Bundesparteitagsdelegierten

Die Tagungsleitung übergibt die Fortführung der Versammlung an die Wahl- und Zählkommission.

GO- Antrag des Genossen Robert Schwedt zwischen den Wahlgängen

Robert Schwedt beantragt den Genossen Thorsten Schulte wegen der Anfertigung einer nicht genehmigten Tonaufzeichnung von der Versammlung auszuschließen. Noch vor der Abstimmung verlässt der Genosse die Versammlung. Dem Antrag wird mit großer Mehrheit zugestimmt.

TOP 6 Termine, Sonstiges

Aus der Versammlung ergeht der Hinweis auf die Protest Demonstration gegen CETA, TTIP, TISA am 23. 04 2016 in Hannover.

Aus den Reihen des Bspr wird die nächste BDK für Juli oder August 2016 angekündigt.

Ulrich Wiehagen bittet darum die Planung der nächsten BDK so zu gestalten, dass die angekündigten Zeiten für das Ende der Sitzungen auch eingehalten werden.

Keine weiteren Wortmeldungen. 16.30 Ende der Sitzung.